

## Call for Papers:

### Politisierung im Kontext DDR

Auch 30 Jahre nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung 1990 sind die Folgen der Teilung Deutschlands und der sog. „friedlichen Revolution“ 1989 nach wie vor in aller Munde. *Der Ostdeutsche* wird in Medien und Populärwissenschaft dabei häufig zum abgehängten, politikverdrossenen Antidemokraten stilisiert, dessen Einstellungen sich eher am rechten Rand des politischen Spektrums ansiedeln. Und tatsächlich ist das rechte und rechtsextreme Potential in Ostdeutschland nicht nur unterschwellig vorhanden; es manifestiert sich sowohl im Wahlverhalten als auch in zahlreichen rassistisch und antisemitisch motivierten Agitationen gegen und Angriffen auf Minderheiten. Auffällig ist darüber hinaus, dass rechtsnationale Gruppierungen wie die AfD und PEGIDA immer wieder eine Kontinuität zwischen den Wendeaktivisten 1989 und dem eigenen politischen Engagement herstellen.

Als mögliche Erklärungsansätze für das Erstarken öffentlicher rechtsgerichteter Positionierungen besonders in den neuen Bundesländern werden mitunter die doppelte Diktaturerfahrung, die Nicht-Aufarbeitung des NS durch institutionell angeordneten Antifaschismus sowie eine DDR-spezifische politische Sozialisation herangezogen. Letztere zeichnet sich einerseits durch eine frühe und beinahe flächendeckende politische Indoktrination sowie durch eine Trennung von öffentlicher und privater politischer Äußerung aus. Andererseits werden immer wieder auch Erfahrungen von Solidarität und Zusammengehörigkeit sowie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Politik und Alltag als positive, ja emanzipatorische Elemente einer DDR-Sozialisation herausgestellt.

Diese Ambivalenz in Bezug auf die DDR-Vergangenheit soll in einem Themenheft von *Psychologie und Gesellschaftskritik* ausdifferenziert werden. Ausgehend von den oben genannten Beobachtungen und Analysen wollen wir einen Fokus auf verschiedene Dimensionen politischer Positionierungen legen, die einen Bezug zur DDR-Vergangenheit aufweisen: Manifeste Auswirkung einer DDR-Sozialisation auf politisches Engagement sowie deren latent-unbewussten psychische Repräsentationen; die Wahrnehmung der Umbrüche 1989 sowie Modi der Integration dieser Brüche in die eigene Lebensgeschichte; politische und psychische Kontinuitäten, die über die äußeren Umbrüche hinweg konstant bleiben konnten; mittelbare Auswirkungen der DDR-Vergangenheit auf die Generation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland, die die DDR nur indirekt über Erzählungen und unbewusste Tradierungen der Eltern und Bekannter miterlebt hat.

Beiträge für das Themenheft können sich verschiedenen Fragestellungen der Politisierung im Kontext der DDR widmen:

- Welche Elemente einer politischen Sozialisation im Staatssystem der DDR wirken sich (bewusst und unbewusst) auf das politische Engagement der Bürger\*innen heute aus?
- Welche unbewussten Tradierungen der Eltern wirken in der „Nachwendegeneration“ auf Politisierungsprozesse ein?
- Wie wurden die Umbrüche 1989 und deren weitreichende sozialpolitische und strukturelle Veränderungen wahrgenommen und verarbeitet? Welchen Einfluss haben sie auf Politisierung heute?
- Welche Rolle spielt das Geschlechterverhältnis wie es sich damals und heute in den neuen Bundesländern manifestiert?
- Wie erlebten und erleben die Verfolgten des NS-Regimes und deren Nachkommen ihre Sozialisation in Ostdeutschland vor und nach der Wende?

Psychologie & Gesellschaftskritik lädt ein, Beiträge zu diesem Thema einzureichen. Bitte senden Sie Ihren Beitrag (max. 42.000 Zeichen und an die Manuskriptrichtlinien von Psychologie und Gesellschaftskritik angepasst) bis zum 30. April 2020 an [kontakt@pug-info.de](mailto:kontakt@pug-info.de). Gerne können uns im Vorfeld (bis zum 26. Januar) auch erst einmal nur Abstracts zugeschickt werden.

Heftverantwortliche: Markus Brunner und Ayline Heller